BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Bundestagsfraktion

Position: PISA

November 2005

Von Grietje Bettin MdB, Ekin Deligöz MdB, Kai Gehring MdB, Priska Hinz MdB, Krista Sager MdB

In Deutschland gibt es immer noch zu viele **Bildungsverlierer**. Es ist skandalös, dass nach wie vor die **soziale Herkunft** maßgeblich über den **Bildungserfolg** bestimmt**.**

Nach wie vor bestimmen die individuellen Fähigkeit eines Kindes hierzulande immer noch nicht darüber, ob es Abitur macht oder nicht. Bei gleicher Leistung in den Schlüsseldisziplinen ist der soziale und ethnische Hintergrund von Kindern in fast allen Bundesländern ausschlaggebend dafür, ob ein Kind direkt bis zum Abitur gelangt und damit in jungen Jahren die Möglichkeit zum Studieren erhält. Und diese Ungerechtigkeit nimmt nicht nur nicht ab, sie nimmt noch immer zu. Das ist ein Skandal.

Unser mehrgliedriges Schulsystem produziert zu viele **Bildungsverlierer**. Es kommt einem Versagen der Bildungspolitik gleich, dass in unserem Schulsystem eine große Zahl junger Leute nicht einmal fundamentale Kulturtechniken erwerben können und sie so überhaupt keine faire Startchance bekommen. Schlechte Leistungen, massenhafter Schulabbruch und Schulmüdigkeit belegen die gravierenden Schwächen. Perspektiven- und chancenlose Jugendliche dürfen wir uns nicht erlauben. Andernfalls ernten wir eine verlorene Generation, die beruflich und sozial den Anschluss verliert und ein hohes Armutsrisiko trägt.

Im Vergleich zur letzten PISA-Studie von 2000 zeigen die neuen Zahlen von 2003 auf den ersten Blick einige Verbesserungen. Viele Bundesländer konnten ihr durchschnittliches Kompetenzniveau erheblich steigern. Diese Zuwächse sind aber meist nur auf Verbesserungen an Gymnasium und Realschule zurückzuführen. Der Haupt- und Gesamtschulbereich stagniert offenbar. Außerdem sind ausgerechnet bei der **Lesekompetenz** leider kaum Verbesserungen festzustellen. Dabei ist Lesen die Kulturtechnik, die in der Wissensgesellschaft immer wichtiger wird und Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft ist.

Die neuesten Ergebnisse zeigen, dass auch die **Gesamtschulen** in der heutigen Form den Zusammenhang von sozialem Hintergrund und Bildungserfolg nicht verringern konnten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sie in Deutschland – anders als in den besonders erfolgreichen skandinavischen Ländern – Teil des gegliederten selektiven Schulsystems sind. Sie sind gezwungen, Kinder zu sortieren und können damit dem Anspruch der individuellen Förderung nur bedingt gerecht werden. Diese Mehrgliedrigkeit des Schulsystems wollen wir überwinden.

Die weitere Öffnung der **Schere zwischen Gymnasium und Realschule** auf der einen und Haupt- und Gesamtschule auf der anderen Seite legt nahe, dass vor allem die gut gebildeten Schichten aus den PISA-Ergebnissen von 2001 Schlüsse gezogen haben und sich um individuelle, auch außerschulische Förderung ihrer Kinder bemühten. Dass nicht alle Kinder eine solche Unterstützung durch ihre Familien bekommen bzw. bekommen können, hat die Differenz verstärkt. Ebenfalls scheinen vor allem Gymnasien ihre Unterrichtsqualität und Leistungsanforderungen verändert zu haben.

Die **Leistungsstreuung** innerhalb der einzelnen Schultypen ist noch immer groß. In Mathematik und in der grundlegenden Lesekompetenz besteht innerhalb eines Schultypus´ zwischen den Ländern ein Unterschied, der bis zu einem ganzen Schuljahr reicht. Das ist in einer Gesellschaft, die von Familien Mobilität verlangt, nicht hinnehmbar.

Das **Ganztagsschulprogramm**, das wir in der letzten Legislatur aufgrund der Ergebnisse der ersten PISA-Studie begonnen haben, hat schon geholfen, aber noch nicht genug bewirkt. Sollte die Verfassung so geändert werden, wie zwischen SPD und Union in den Koalitionsverhandlungen vereinbart, wird eine

Fortführung des Ganztagsschulprogramms über 2007 hinaus nicht mehr möglich sein. Auch andere gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern wie das BLK-Modellprogramm SINUS zur Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts sind trotz ihrer nachweisbaren Erfolge durch die Vorschläge zur Reform des Föderalismus gefährdet.

Der Bund hat eine Verantwortung gegenüber seinen BürgerInnen aus Art. 72 Abs. 2 GG, gleichwertige **Lebensverhältnisse im Bundesgebiet** herzustellen. Bildung als Schlüssel zu den individuellen Lebensperspektiven gehört dazu. Eine Reform des Föderalismus darf deswegen den Bund nicht von der Bildungspolitik ausschließen. Vielmehr sollte unabhängig von der Verteilung der Kompetenzen die Möglichkeit für eine erfolgreiche gemeinsame Arbeit von Ländern und Bund geschaffen werden.

Was zu tun ist

Die **Bildungsangebote** müssen viel individueller werden. Wir brauchen Maßarbeit statt Massenabfertigung. Nur eine Bildung, die jedes einzelne Kind sieht und fördert, kann die Lust am Lernen wecken, auf die die kommende Wissensgesellschaft angewiesen ist.

Bildung muss viel früher beginnen. Und: Ziel muss ein **besserer Start** sein. Dazu gehören ein Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr und ein neuer Stellenwert der frühkindlichen Förderung und Elementarbildung. Neben einer Ausweitung des Angebotes sind Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung und –sicherung notwendig. Hierzu zählen die Akademisierung der Erzieherinnenausbildung sowie die Einführung von Qualitätsstandards. Kindertagesstätten müssen zu Familienkompetenzzentren für Kinder und Eltern weiterentwickelt werden: Als Anlaufstelle im Stadtteil können sie besonders bei Sprach- und Gesundheitsförderung, Elternberatung, Erziehungshilfen und Familienbildung unterstützen.

Mehr aktive **Förderung von Migrantenkindern**: sie sind ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Statt zu klagen, dass die so genannte Risikogruppe in Deutschland deutlich größer als in anderen vergleichbaren OECD-Ländern ist, muss endlich mehr in die frühkindliche Förderung und in kontinuierliche Sprachförderung investiert werden.

Die Mehrgliedrigkeit muss zu Gunsten der einer **Schule, in der alle länger gemeinsam lernen**, abgeschafft werden. Nur so kann das destruktive Muster überwunden werden, dass ein Kind an eine bestimmte Schule "passen muss", statt die Schule an den Kindern auszurichten. PISA 2003 hat klar aufgezeigt, dass gerade in den Schularten mit leistungsheterogenen Schülerschaften gute Ergebnisse erzielt wurden. Das entspricht den Erkenntnisse aus den PISA-Siegerländern, z.B. Finnland oder Schweden. Hier muss eine grundlegende Schulreform ansetzen.

Mehr **Ganztagsschulen**: An die KiTa muss sich zunächst das Angebot einer Ganztagsgrundschule anschließen. Sie ermöglicht Schülern mehr Zeit zum Lernen und Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Bund muss auch künftig Programme zur Qualitätsverbesserung an Schulen auflegen können wie das sehr erfolgreiche Ganztagsschulprogramm. Auch die nationale Bildungsberichterstattung und die Weiterentwicklung nationaler Bildungsstandards sind gesamtstaatliche Aufgaben. Und der Bund muss auch immer dann mit im Boot sein, wenn es um Mobilität geht – von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern. Da ist noch viel zu tun.

Das Wiederholen von Klassen, Sitzenbleiben, hat sich als absolut ineffizient erwiesen. Die Kinder und Jugendlichen steigern ihre Leistung in den schwachen Fächern nicht, sondern leiden unter dem sozialen Verlust. Die Mittel, die jährlich für das Sitzenbleiben aufgewendet werden, sollten in die **individuelle Förderung** investiert werden.

Die Länder müssen die **Reform der LehrerInnenausbildung** nutzen, um ein neues Leitbild mit samt seinem veränderten Anforderungsprofil umzusetzen: Schule wird in Zukunft keine "Lehranstalt" mehr sein, sondern ein autonome Einrichtung, an der auch andere Berufe vertreten sind und die sich stark auf ihr soziokulturelles und ökonomisches Umfeld bezieht. Das müssen die angehenden LehrerInnen schon von Beginn an lernen. Individuelle Förderung muss in allen Schulen in den Vordergrund rücken. Lehrerinnen und Lehrer müssen dafür aus- und weitergebildet werden.

Wir brauchen jenseits von Kompetenzzuweisungen eine Verständigung von Bund und Ländern über eine nationale **Bildungs- und Wissenschaftsagenda** und gemeinsame verbindliche Ziele, die anschließend in den jeweiligen Kompetenzfeldern in konkretes Handeln umgesetzt werden. Dazu brauchen wir auch eine schonungslose Reform der KMK, in der die Länder sich auch stärker gegenseitig in die Pflicht nehmen und sich nicht gegenseitig Bildungskosten aufbürden. Wenn Bayern seine Abiturquote so niedrig halten will wie bisher, muss es weiterhin AbiturientInnen fürs Studium "importieren". Das kostet einerseits die anderen Länder mehr, betrügt andererseits viele bayrische Schülerinnen und Schüler um höhere Ab-

schlüsse und erfolgreiche Bildungslaufbahnen. Das Rennen um die geringsten Kosten für die am besten Ausgebildeten geht damit eine Etage tiefer als bisher: In den letzten Jahren war schon zu sehen, wie viele Länder ihr Angebot an Studienplätzen reduzieren. Wenn das Gleiche nun auch mit den Abschlüssen für die Sekundarstufe 2 geschieht, droht Deutschland weitere wichtige Potentiale zu vergeuden.

Der Ländervergleich im Rahmen von PISA 2003 lässt wichtige Fragen offen

- Woher kommen Steigerungen wie die Sachsen-Anhalts? Dort hatte das Kultusministerium verordnet, dass für den PISA-Test speziell geübt werden sollte. Von daher wäre es interessant, wie geübt wurde und ob ein Zusammenhang mit der Steigerung bewiesen werden kann.
- Wie gesichert ist die wissenschaftliche Grundlage für den bundesländerübergreifenden Schulformvergleich? Durch diese neue Darstellungsform der Ergebnisse eines Schultyps in einem Bundesland im Vergleich mit nationalen Schulsystemen werden Relationen hergestellt, die keinen Aussagewert haben. Selbst wenn die Bayerischen Gymnasien einen höheren Mittelwert haben als das gesamte finnische Schulsystem, welchen Wert hat diese Aussage?
- Welche Überschneidungen bei den Leistungskurven gibt es zwischen den Schulformen?
- Wie können die Daten aus den Untersuchungen dazu genutzt werden, die Leistungen insgesamt zu verbessern und dabei alle Schülerinnen und Schüler mitzunehmen?

PISA muss endlich einen neuen Anlauf und Aufbruch hin zu einem großen bildungspolitischen Wurf entfachen – zum Wohle der jungen Generation. Wir brauchen nicht mehr Selektion und Herunterstufen von Schülerinnen und Schülern– wie z.B. in Bayern –, sondern mehr und bessere Förderung, die früher beginnt und individueller gestaltet ist. Aus demokratischen, sozialen und ökonomischen Gründen kann es sich unsere Gesellschaft nicht leisten, so viele junge Menschen zurückzulassen. Zumal wir aufgrund des demografischen Wandels zukünftig mehr möglichst gut ausgebildete Menschen brauchen.